

Vortrag

Gegensätze verschärft: Wirtschaft und Soziales in der Corona-Krise

Rocío Meza, Instituto de Defensa Legal

Ein harter Lockdown ließ in Peru vor allem in den Monaten April, Mai und Juni 2020 die Wirtschaft einbrechen. Die Wirtschaft ging 2020 um 11,1% zurück, zweitweise lag sie rund 40 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Mit der Aufhebung der strikten Ausgangssperre zum 1. Juli wurde auch die Wirtschaft in großen Teilen reaktiviert. Aktuelle Zahlen belegen, dass die Wirtschaftsleistung im November 2020 nur noch 2,8 Prozent unter dem Vorjahresmonat lag.

Der mit Abstand am stärksten betroffene Wirtschaftssektor war mit einem Rückgang von fast 53 Prozent das Hotel- und Gastgewerbe. Die Bauwirtschaft kam aufgrund des Lockdowns zeitweise zum kompletten Stillstand, dafür erlebte sie zum Jahresende hin ein Comeback (November: plus 17,3 Prozent).

Der Wert der peruanischen Exporte ging um 15,3 Prozent gegenüber 2019 zurück. Am stärksten war der Rückgang bei Kupfer (minus 23,9 Prozent), Zink (minus 36,9 Prozent) und Fischmehl (minus 21,8 Prozent). Die Exporte nach China gingen um 18,3 % zurück, in die USA stiegen sie dagegen um 6,8 Prozent. Einen Anstieg gab es bei den Lebensmittelexporten, etwa bei frischen Trauben (20,4 Prozent) und frische Heidelbeeren (23,9 Prozent).

Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten im Inland ging dagegen um bis zu 13 Prozent zurück, die Preise sanken um bis zu 40 Prozent. Insgesamt ging der private Konsum zwischen Januar und September 2020 um 11,3 Prozent zurück.

Armut und Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenrate hat sich mindestens auf 13,1 Prozent verdoppelt, eine andere Quelle geht von 23,6 Prozent und 3,5 Mio. verlorenen Arbeitsplätze aus. Allein in der Metropolregion Lima gingen nach Berechnung des Wirtschaftsinstitutes IPE 2020 rund 23,1 Prozent aller Arbeitsplätze verloren. 1,13 Millionen Menschen im Großraum Lima waren im vergangenen Jahr arbeitslos. Die Pandemie betraf Peru auch deshalb besonders hart, weil 70 Prozent der arbeitenden Bevölkerung im besonders gefährdeten informellen Sektor beschäftigt sind, deutlich mehr als in den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern.

Konjunktur- und Hilfsprogramme

Die Regierung traf zahlreiche Maßnahmen, um die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie abzumildern. Insgesamt umfassten die Maßnahmen 142 Mrd. Soles, umgerechnet rund 38,7 Mrd. USD. Mit 19 Prozent des BIP investierte Peru im Verhältnis so viel wie kaum ein anderes Land zur Pandemiebewältigung.

Von Armut betroffene Haushalte erhielten verschiedene Hilfszahlungen („bonos“) Unternehmen erhielten Lohnzuschüsse zum Erhalt von Arbeitsplätzen. Mit dem Kreditprogramm „Reactiva Perú“ erhielten zwischen April und Oktober 2020 insgesamt 500.000 von der Pandemie betroffene Unternehmen einen Kredit. Der Zinssatz lag mit etwa 2 Prozent weit unter den üblichen Raten. Die Regierung bürgt für jeweils 80 bis 98 Prozent der Kredite. Außerdem gab es staatliche Kreditprogramme für kleine Landwirte und kleine und mittlere Tourismusunternehmen.

Die heterogene Struktur des Landes, die ungleiche Verteilung des Einkommens, die hohe Bedeutung des informellen Sektors und das mangelhafte staatliche Management trugen

dazu bei, dass die Maßnahmen nur sehr zögerlich wirkten. Langsam scheint die Strategie aber aufzugehen. Die Wirtschaft erholt sich langsam.

Die Krise verstärkt die Ungleichheiten

Umfrageergebnisse zeigen, dass schnelles staatliches Handeln dazu beigetragen hat, den Anstieg der Armut einzudämmen. Allerdings hat die Krise bestehende Ungleichheiten offengelegt und vertieft. Angestellte und Menschen mit hohem Bildungsabschluss verloren seltener ihren Arbeitsplatz als Personen mit niedriger Qualifikation, Männer seltener als Frauen.

Die Einkommensrückgänge waren laut Umfragen vor allem zwischen Mai und Juli sehr hoch. 80 Prozent der befragten Haushalte gaben an, ihr Haushaltseinkommen sei zurückgegangen. In jedem fünften befragten Haushalt ließ ein Erwachsener aus Geldmangel eine Mahlzeit am Tag aus, jeder vierte Haushalt konnte sich keinen Arztbesuch leisten. In 34 Prozent der Haushalte konnten die Kinder wegen mangelnder Ausstattung nicht am Fernunterricht teilnehmen.

Die Landbevölkerung war besonders stark betroffen, da die Nachfrage und die Preise für landwirtschaftliche Produkte zurückgingen, wodurch Arbeitsplätze verloren gingen und die Armut zunahm.

Eine weitere schwerwiegende Folge von Arbeitslosigkeit ist die Mangelernährung. Die fehlende Ernährungssicherheit ist ein chronisches Problem in Peru, das sich in der Pandemie verschärft. 21,2 Prozent der peruanischen Haushalte leiden unter Ernährungsunsicherheit. Sie haben ein höheres Risiko, an Covid-19 oder anderen Krankheiten zu erkranken. So steigt in Gebieten mit hohem Tuberkulose-Risiko die Wahrscheinlichkeit, an Tuberkulose zu erkranken.

Gewalt gegen Frauen hat in der Pandemie zugenommen. Ende Juli berichtete das Frauenministerium, dass während der Pandemie 1.200 Frauen als vermisst gemeldet wurden, davon sind 66 Prozent Mädchen und junge Frauen. Bei einigen von ihnen wurde später festgestellt, dass sie Opfer eines Femizids geworden sind. Von vielen anderen ist ihr Verbleib noch unbekannt oder die Familie hat ihre Rückkehr möglicherweise nicht gemeldet. Eine weitere, ebenso erschreckende Zahl betrifft die Fälle von sexueller Gewalt. Von März bis August wurden 5370 sexuelle Übergriffe gemeldet, in 600 Fällen waren die Opfer minderjährig. Ebenso wird von 101.344 Fällen geschlechtsspezifischer Gewalt in ihren verschiedenen Formen berichtet.

Die schlimmsten Umweltauswirkungen

Was außerhalb der Städte passiert, wird nicht dokumentiert. Noch weniger während der Pandemie. Die Pandemie schafft ein optimales Umfeld für illegale umweltschädigende Aktivitäten wie z.B. illegale Waldabholzungen, Ausweitung der landwirtschaftlicher Flächen, illegaler Bergbau und Eindringen in Naturschutzgebiete und in das Land indigener Gemeinschaften.

Es wurde zwar eine Reihe von gesetzlichen Regelungen zum Umweltschutz verabschiedet, sie bieten jedoch keine ausreichende Garantie für das Recht auf Gesundheit und zur Vermeidung von Umweltschäden z.B. im Umfeld von Bergbauprojekten. Die Maßnahmen wurden von den indigenen Organisationen stark kritisiert, weil sie nicht an der Ausarbeitung beteiligt waren und die Regelungen nicht nach ihren Bedürfnissen gestaltet wurden. Und vor allem, weil die Aufmerksamkeit und Hilfe zu spät ankommt.

Das größte Umweltrisiko nach der Pandemie ist, dass Regierung und Gesellschaft alle ihre Bemühungen auf die wirtschaftliche Reaktivierung richten, die öffentlichen Ressourcen darauf konzentrieren, entsprechend die Ausgaben für den Erhalt des natürlichen und kulturellen Erbes kürzen und die Folgen der Pandemie als Vorwand nutzen, um die Umweltgesetzgebung aufzuweichen.

Impfprogramm

Peru startete am 9. Februar ein dreiphasiges Impfprogramm. Insgesamt sollen 22,2 Millionen Personen geimpft werden - mit Stand Anfang März lag die Impfquote bei 0,9 Prozent der Bevölkerung, etwa 300.000 Personen. Die ersten Impfdosen wurden Anfang Februar vom chinesischen Hersteller Sinopharm geliefert, außerdem hat Peru Lieferverträge mit AstraZeneca, Pfizer und dem Covax-Programm der Weltgesundheitsorganisation WHO abgeschlossen. Dennoch dürfte die Impfkampagne wohl erst frühestens Anfang 2022 abgeschlossen sein.

In der Diskussion wurde der Vorschlag einer „Wahrheitskommission Covid-19“ gemacht, der von Rocío Meza sehr unterstützt wird. Es sei unbedingt nötig, differenzierter zu informieren, zum Beispiel darüber, wie viele Indigene von der Pandemie betroffen sind. Es seien viele falsche Zahlen im Umlauf. So waren etwa falsche, viel zu niedrige Bevölkerungszahlen die Grundlage für die Planung der Gesundheitsversorgung.

In den Schulen war für Anfang April der Beginn des Wechselunterrichts geplant, der aber aufgrund der starken zweiten Welle gestoppt wurde. Die Organisation des Fernunterrichts sei sehr schlecht. Am meisten sind abgelegene Schulen betroffen. Privatschulen haben wesentlich bessere Möglichkeiten.

Auf die Frage, was international getan werden muss, verweist Rocío Meza auf die Notwendigkeit von mehr Impfungen. Hier sei internationale Solidarität dringend gefordert.

Annette Brox